

10 Nummern S 1-20
 Deutschland Mark 1-20
 (inkl. Postzustellung)
 Österr. Postsparkasse
 Konto Nummer 1

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
 (OPPOSITION)

Erscheint vierzehntägig
 Redaktion und
 Administration:
 III., Mohngasse 35/37a
 Telefon Nr. 86-8-23

2. Jahrgang Wien, Ende Mai 1928 Nr. 30

Die Kapitalisten holen aus zu einem zweiten Juli!

**Koalition schwächt die Arbeiter, stärkt die Kapitalisten!
 Kampf nicht um Ministersessel, sondern um die wirkliche Macht!**

Fieberhaft rüstet die Bourgeoisie. In Wien baut Schober Festungen, übt mit Panzerautos. In die Provinz gehen haufenweise Waffen an die Faschisten. Siehe Wels. Der Rote Frontkämpferbund verboten. Die proletarischen Soldaten verfolgt. Angriff auf die Geschwornengerichte. Zugleich wütende Kuchetze, um die Spießer aufzupeitschen. Klare Vorbereitungen zu einem zweiten, noch blütigeren Juli!

In den Betrieben Spitzel, Terror. Allen voran die Alpine. Wer sich nicht zu ihrer Knechtgesinnung bekennt, fliegt hinaus. Gegen Betriebsräte gegen Arbeiter, die mit den gelben Verrätern nicht arbeiten wollen, mobilisieren sie ihre Gerichte. Mit Schadenersatzurteilen soll das Koalitionsrecht, sollen die Gewerkschaften zermürbt, erdrosselt werden. Die Knebelung der Arbeiter gesetzlich vollenden sollen das »novellierte« Betriebsrätegesetz und das »Antiterrorgesetz«.

So wollen die Kapitalisten die Bahn frei machen für die verschärfte »Rationalisierung«. Noch mehr wollen sie die Arbeitsleistung steigern. Noch mehr wollen sie mit paar Groschen mehr die Augen verschmierend, die Real-löhne senken. Den Mieterschutz wollen sie abbauen. Noch mehr Arbeiter wollen sie »überflüssig« machen, aufs Pflaster werfen, während jetzt schon eine immer größere Zahl von Arbeitslosen keinen anderen Weg sieht als — den Selbstmord.

Riesig sind ihre Profite, aber sie wollen noch größere. Darum wollen sie den Ausbeutungsgrad herstellen, sichern, der dazu nötig. Darum geht ihr Kurs auf einen zweiten noch blütigeren Juli und letzten Endes auf die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur. Unter dem Druck der großkapitalistischen Offensive — 1927 gab es in Wien 250.000 Pfändungen! — strömen breite Massen der Kleinbourgeoisie zur Sozialdemokratie. Darum spielen jetzt die Kapitalisten mit dem Gedanken der Koalition. Das unvermeidliche Scheitern der Sozialdemokratie in der Koalition soll die Kleinbürger zur Großbourgeoisie zurückführen, zugleich die Arbeiterschaft zersetzen und so erst recht den Boden ebenen zum Entscheidungstreich.

Die Sozialdemokratie lullt die Arbeiter in gefährliche Illusionen: »Bankrott Seipels«, »Alle Hoffnungen der Reaktion sind zusammengebrochen«, »Bankrott des Kurses vom 15. Juli«...

Worauf gründen die sozialdemokratischen Führer dieses ihr naive Gejübel? Auf ihre Wahlerfolge. **Aber, daß die bloßen Stimmzettel nicht genügen, daß Gewehre stärker sind als Stimmzettel, hat nach dem großen Wahlsieg vom 24. April 1927 der 15. Juli blutig bewiesen!**

Sollen neuerlich Proletarieropfer fallen, nur um das neuerlich zu beweisen?! Es wird gehen! — jauchzt nach jeder Wahl die Sozialdemokratie. Was wird gehen? Nun — die Koalition!

Alle politischen und gewerkschaftlichen Anstrengungen der Sozialdemokratie sind gerichtet auf politische und gewerkschaftliche Zusammenarbeit, letzten Endes auf den »Anteil an der Macht«, das heißt auf die Koalition mit den Kapitalisten auch in der Regierung. Der ganze »Kampf« der Sozialdemokratie geht heute darum, solche Koalitionsbedingungen zu erzielen, daß es wenigstens den Schein gewinnt, als ob die SED den Massen mit der Koalition etwas bringen werde. Wer die Lehren von 1918—20 vergessen hat, dem werden die Tatsachen beweisen, daß die Koalition den Arbeitern nichts bringen wird als: weitere Verschlechterung ihrer Lage trotz kleiner Zuckerl, Enttäuschungen, Niederlagen, Schwächung.

Es kann nicht anders sein: **Keine Koalition, keine Ministerstühle ändern etwas an der Tatsache, daß der Machtapparat klassenmäßig der Bourgeoisie gehört, daß sie daneben noch den bewaffneten Faschistenapparat hat, während die Arbeiter ohne Waffen dastehen — all das Dank der sozialdemokratischen Politik.**

Die Kapitalisten nehmen die Sozialdemokratie in die Regierung, nicht um den Arbeitern etwas zu geben, sondern um, das Proletariat zersetzend, Ausbeuterwirtschaft und Ausbeuterherrschaft noch mehr zu verschärfen und zu sichern.

Gegen jede Koalitionspolitik, gegen jede Koalition!

Für den planmäßigen, zähen, entschlossenen Kampf, fortgeführt bis zur Aufrichtung und Behauptung der proletarischen Diktatur zum Aufbau des Sozialismus, gestützt auf das Bündnis mit den Kleinbauern, ausgeübt durch die Arbeiterräte!

Laßt euch nicht schleppen hinter dem Kleinbürgertum: Schafft eure Klassenpartei, eure Kampfpartei!

Höhere Reallöhne! Achtstundentag! Arbeit und Brot den Arbeitslosen! Für den Mieterschutz!

Gegen den Faschismus, für die Bewaffnung der Arbeiter!

**Fordert in allen Betrieben die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses!
 Weg mit Schober! Weg mit Seipel! Weg mit der Kapitalistenregierung!**

Vorwärts! Zur Einheit!

Von Josef Frey.

Immer dichter spinnen die Imperialisten ihr Netz um Sowjetrußland. Die Verhandlungen Lord Birkenheads in Berlin, des Vertreters der englischen »Hartköpfe«, gelten der Organisation der Antisowjet-Kriegsfront. Im Innern dauert die Sabotage der Getreideaufbringung durch die Kulaken an und nun drohen sie auch mit der Anbausabotage. In Bergwerken und Industriebetrieben lauern die von russischen und ausländischen Kapitalisten geleiteten konterrevolutionären Sabotagegruppen bürgerlicher Spezen.

Unter der Wucht dieser Tatsachen und der infolge dessen steigenden Unzufriedenheit der russischen Arbeiter beginnt Stalin den Kurs zu ändern. Er übernimmt die Kritik der Opposition — ohne die Opposition zu nennen; er übernimmt praktische Vorschläge der Opposition — ohne die Opposition zu nennen; ja er ruft nach Selbstkritik, nach Parteidemokratie, er, der die Opposition, weil sie darnach rief, aus allen kommunistischen Parteien und selbst nach Sibirien gejagt hat. Spät, unter viel schwereren Bedingungen, unter dem Druck sehr harter Tatsachen beginnt Stalin die Linke der Opposition zu betreten. Er hält »oppositionelle« Reden; er erläßt »oppositionelle« Weisungen. Es ist ein von dem Ernst der Lage diktiert ernster Anlauf, die Wendung hierbei und durchzuführen, die rechtzeitig, als es noch viel leichter gegangen wäre, die Opposition gefordert hat. Aber es ist nur ein Anlauf. Wenn Stalin vermeint, damit allein die Dinge zu meistern, so

werden ihn noch viel, viel härtere Tatsachen belehren, daß das unmöglich ist.

Was nützen heute die Weisungen an den Apparat? Gerade an den entscheidendsten Stellen, dort wo es gilt den Kulaken zu packen, in den Dörfern, ist der Apparat entartet. Schachty hat bewiesen, daß der Apparat selbst in vielen Industriebetrieben nicht mehr zuverlässig ist. Zwei Jahre Sinowjew und drei Jahre Stalinismus haben diese Entartung ermöglicht.

Was nützt heute der Ruf nach Selbstkritik, nach Parteidemokratie? Sinowjew, dann Stalin haben die Parteidemokratie zerstampft, haben jede selbständige Regung in der Partei erstickt, haben planmäßig einen byzantinischen Kadavergeist gezüchtet, dessen unvermeidliche Kehrseite ist — passives Gewährenlassen.

Eines nur kann in dieser ernsten Lage helfen: Die Kommunisten, durch sie die ganze Masse, mit neuer Kraft erfüllen, den alten revolutionären Geist in ihnen wecken.

Da reichen bloße Fraktionsmanöver nicht aus! Da muß offen gesprochen werden, vor und mit den Massen. Da muß offen angesprochen werden, daß zu dieser Entartung geführt hat der bisherige Kurs. Da muß das ganze Gift, das durch lange Jahre gestreut wurde, um trotz sachlichen Unrechtes zu »siegen« — besiegt wurde in Wirklichkeit die kommunistische Sache — weggeschwemmt werden. Die Herzen und Hirne der Kommunisten, der Arbeiter, der Massen müssen geklärt, gereinigt, mit altem revolutionären Feuer er-

füllt werden. Das allein kann und wird helfen. Und einen einzigen Weg nur gibt es dazu: die offene, ehrliche, kameradschaftliche Auseinandersetzung vor allen Kommunisten, vor der ganzen Arbeiterschaft, vor der ganzen Masse der Werktätigen, die Rückberufung, Wiederaufnahme, Heranziehung zur Führung der Ausgeschlossenen. Mit einem Wort: Die Wiederherstellung der Einheit auf dem Boden Lenins. Je früher Stalin Mut und Kraft findet zu diesem Weg, desto leichter wird es sein, mit vereinten Kräften die Gefahr zu überwinden.

Immer waren wir für die Einigung aller Kommunisten auf leninistischer Grundlage. Jetzt, da die Gefahr täglich wächst, sind wirs erst recht. Mit Purzelbäumen freilich, wie sie Maslow, Ruth Fischer, Scholem schlagen, ist der Sache nicht gedient. So kann man die Kräfte nicht wecken, die heute nötig sind, um standzuhalten und zu siegen. Aufrütteln die Kommunisten und durch sie die Massen: zu altem Geist, zu neuen Taten! — das fordert die Stunde deren Losung lautet: Gegen die Kulaken und alle Kulakenfreunde außer und in der Partei — gegen die Nepmänner und alle Nepfreunde außer und in der Partei — gegen alle Feinde Sowjetrußlands — gegen alle Feinde der proletarischen Diktatur — auf leninistischem Boden — Vorwärts! Zur Einheit!

Japans Intervention.

Gerade als die Südtruppen daran waren, die im Solde Japans stehenden Nordtruppen (Tschangtsolin) zu liquidieren, griff Japan mit Waffengewalt ein. Den Sieg der Nationalisten, die Einigung verhindern, das

ist der Zweck der japanischen Intervention. Darin haben sie die Zustimmung Englands und Amerikas. Alle drei Mächte wollen die imperialistische Ausbeutung Chinas. Japan will aber mehr: es will Schantung (120 Millionen Einwohner, Kohle usw., die reichste Provinz im Zentrum Chinas, das ganze Reich beherrschend). England ist dafür: durch die Bindung der nationalistischen Kräfte erhofft es größere Ruhe für Indien; durch die Bindung amerikanischer Kräfte erhofft es Stärkung seiner Position gegenüber der Union. Amerika ist gegen die Besetzung Schantung. Seine wirtschaftliche Uebermacht ist so groß, daß es bei »freier Tür« alle niederzukurrieren kann. Infolge der revolutionären Niederlage sind die chinesischen Arbeiter- und Bauernmassen derzeit so geschwächt, daß Sowjetrußland gezwungen ist, neutral zuzusehen. Die Nationalisten werden entweder die Massen aufritteln müssen, um die Kraft zu finden, mit den Japanern alle Imperialisten aus dem Land zu jagen oder sie werden Kompromisse suchen, das heißt, ihr nationales Befreiungsprogramm verraten. In beiden Fällen werden sie die Bahn brechen der revolutionären Massenbewegung.

Die Maschinengewehre der Polizei.

Der christlichsoziale Heeresminister hat vor kurzer Zeit in öffentlicher Versammlung mittels eines Originalaktes (vom 3. März 1919, der die eigenhändige Unterschrift des damaligen Staatssekretärs für Heerwesen Deutsch trägt) nachgewiesen, daß Deutsch die Polizei mit Maschinengewehren ausgerüstet hat. Deutsch hat dazu bis heute geschwiegen. Es ist also wahr, daß Deutsch die Schöberpolizei mit Maschinengewehren ausgerüstet hat. Vaugoin fügte noch hinzu, daß Deutsch die Schöberpolizei auch mit Gewehren ausgerüstet hat und er werde auch das beweisen, wenn Deutsch es abstreite. Deutsch aber streitet nicht ab. Mit den Deutschgewehren wurden am 15. Juli die 96 Arbeiter erschossen.

Grundlegende Gewerkschaftsfragen.

Zum Gewerkschaftskongreß.

Am 18. Juni tritt der Gewerkschaftskongreß zusammen. Es ist notwendig, daß er feststellt:

1. Die Lebenshaltung der Arbeiter sinkt. Trotz der in manchen Branchen erkämpften durchschnittlich 5-prozentigen Geldlohnerhöhung — bei Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Steigerung der Preise und der Arbeitsleistung — sinken die Reallöhne.

2. Die Losung der »amerikanischen Löhne« dient den Kapitalisten, nicht den Arbeitern. Sie heißt: mehr Geldlohn, aber noch mehr Arbeit; z. B. 100 Prozent mehr Geld, aber 300 Prozent mehr Arbeit. Der Arbeiter soll von seiner Ware, der Arbeitskraft bedeutend mehr hergeben als er an Geld bekommt. Amerikanische Löhne bedeuten: noch größere Ausbeutung, noch stärkeres Sinken der Reallöhne.

3. Nicht um die Rationalisierung geht es schlechthin heute, sondern um die kapitalistische Rationalisierung. Die Kapitalisten betreiben die Rationalisierung einzig und allein zur Steigerung ihres Profits. Demgegenüber müssen die Arbeiter kämpfen, daß ihr Lohn gesteigert oder ihre Arbeitszeit verkürzt wird (oder beides zusammen gerechnet) mindestens in demselben Maße als Arbeitsdichte beziehungsweise Arbeitserfolg steigen.

4. Die Profite der österreichischen Kapitalisten wachsen. (Seit Jahresbeginn halten sich um 1139 Wiener Kapitalisten mehr Privatautomobile). Die Konjunktur bessert sich — für die Kapitalisten.

Trotz dieser »Konjunktur« haben wir 200.000 Arbeitslose (Unterstützte, Altersfürsorgereiner und Nichtunterstützte), deren Zahl im Winter hinauf-schnellen wird über 300.000.

Trotz dieser »Konjunktur« sinken die Reallöhne der beschäftigten Arbeiter.

5. Das Argument, daß die Machtverhältnisse dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für höhere Reallöhne die Erfolgsaussicht nehmen, ist unstichhaltig.

Bei einer Grundeinstellung, die die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten will und sucht, ist Besserung der Lage der Arbeiter nur möglich, soweit der Profit nicht berührt wird. Heute kann die Lage der Arbeiter real gebessert werden nur auf Kosten des Profits, was erreicht werden kann überhaupt nur von der Grundeinstellung aus des Kampfes gegen die Kapitalistenklasse.

Es ist unmöglich, den Betriebsfaschismus wirksam zu bekämpfen, wenn man auf der Basis steht: »Die Gewerkschaft ist die einzige Bürgerschaft für die Entwicklung des ganzen (versteht sich kapitalistischen) Wirtschaftslebens.« (Siehe »Metallarbeiter« Nr. 19). Die Kapitalistenklasse weiß was dem Kapitalismus nützt. Sie weiß, daß die Rationalisierung, die sie zur weiteren Steigerung ihrer Profite durchsetzen will, eine solche Ausbeutung bedeutet, daß sie die Arbeiter freiwillig nicht ertragen würden. Darum greifen die Kapitalisten zum Betriebsfaschismus: »im Interesse des ganzen (kapitalistischen) Wirtschaftslebens.«

Die Aenderung der Machtverhältnisse ist möglich, aber die Grundvoraussetzung dafür ist die Aenderung der Grundeinstellung der ganzen Gewerkschaftsarbeit: Nicht Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, »zum Wohle des ganzen (kapitalistischen) Wirtschaftslebens«, sondern Kampf, planmäßiger, organisierter Kampf gegen die Kapitalistenklasse zum Wohle der Arbeiter! — das ist die Zentralfrage aller Gewerkschaftsfragen.

Die Wahlen in Frankreich.

War die Taktik der französischen Kommunisten im zweiten Wahlgang richtig? Ein Beitrag zur Durchleuchtung des Stalinismus.

„Ein gut zusammengesetztes Parlament ist sicher eine wesentliche Hilfe für die — so oder so — Regierenden.“ („Rote Fahne“ am 11. Mai zu den deutschen Wahlen).

Die Kommunistische Partei Frankreichs (K P F) hat 200.000 Arbeiterstimmen gewonnen. Ein bedeutender Erfolg!

Infolge des neuen Wahlrechtes bekam sie nur 14 Mandate, hat also fast die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt. Allein 14 Mandate, hinter denen 1.100.000 Stimmen stehen, wiegen mehr als 27 Mandate, die nur von 900.000 Stimmen getragen waren.

Die Sozialdemokratische Partei Frankreichs (S P F) hat ihre Stellung behauptet. Was sie in Paris und im Norden an Arbeiterstimmen verlor, gewann sie an Kleinbürgerstimmen im Süden und in der Mitte.

Der Grundgedanke der Wahltaktik der K P F, die Sozialdemokratie, also den Einfluß des Kleinbürgertums auf die Arbeiterschaft zu schwächen, war vollkommen richtig.

Im ersten Wahlgang wurde der richtige Grundgedanke richtig durchgeführt. Die K P F gewann der S P F 200.000 Arbeiterstimmen ab. Daß die Rechtsbourgeoisie an Stimmen so bedeutend gewann, war nicht die Folge der kommunistischen Wahltaktik, sondern der sozialdemokratischen Politik: Der Sozialdemokrat Boncour war es, der das Kriegsgesetz aus der Taufe hob, das für den Krieg die Mobilisierung sogar der Frauen vorsieht; der Sozialdemokrat Boncour war es, der im Völkerbund die imperialistische Politik des französischen Kapitals verfocht; und die ganze sozialdemokratische Parlamentsfraktion war es, die wiederholt in den kitzlichsten Situationen Poincaré gestützt hat. Viele Kleinbürger zogen es vor, lieber gleich die kapitalistischen Herren zu wählen als die sozialdemokratischen Diener. Dies umso mehr, als die Kapitalisten mit dem Ruin des Franken drohten, falls die kapitalistischen Parteien nicht die Mehrheit bekämen.

Im zweiten Wahlgang jedoch wurde der richtige Grundgedanke nicht richtig durchgeführt.

Die Rechtsbourgeoisie gewann bedeutend an Mandaten und zwar in den Augen sehr breiter Arbeitermassen in der Hauptsache infolge der Taktik der K P F.

Die Macht der französischen Kapitalisten wurzelt in ihrem Eigentum an den Betrieben und darin, daß der Machtapparat klassenmäßig ihnen gehört. Daran haben die Wahlen nichts geändert, konnten sie nichts ändern. Aber auch das Parlament ist ein Teil der kapitalistischen Staatsapparates, beileibe kein entscheidender Teil, aber doch ein Teil nicht ohne Bedeutung.

Die Bourgeoisie übt ihre Diktatur am liebsten aus in parlamentarischer, demokratischer Form, weil ihr das erleichtert, die Tatsache und das Wesen der kapitalistischen Diktatur zu verhüllen. Indem die Rechtsbourgeoisie an Mandaten so bedeutend gewann,

ist es der französischen Kapitalistenklasse erleichtert, ihre Diktatur in der verschleierte, den Massen schwer durchsichtigen Form auszuüben.

Hätte die S P F die Mandate gewonnen, so wäre nur eine knappe Rechtsbürgerblockregierung zustande gekommen — da wäre das Spiel schon etwas durchsichtiger — oder es wäre möglicherweise zu einer Linksbürgerblockregierung (mit Einschluß der S P F)

gekommen. Diese hätte das Los der Arbeiter keineswegs verbessert, sondern genau so verschlechtert aber sie hätte den Massen durch die demokratische Hülle hindurch die kapitalistische Diktatur und die Hilfsrolle, die dabei die Sozialdemokratie spielt, deutlicher erkennen lassen.

Daß die Rechtsbourgeoisie so bedeutend an Mandaten gewann, hat die parlamentarische Position der französischen Kapitalistenklasse und damit — im vorgezeigten Sinne — auch ihre Gesamtposition gegenüber der französischen Arbeiterklasse verbessert.

In den Augen breiter Massen erscheint als Gesamtergebnis der Wahltaktik der K P F, daß die Schwächung der S P F erzielt wurde um den Preis der Stärkung der Position der Bourgeoisie. Dieser Preis ist zu hoch. Der Erfolg im ersten Wahlgang wird dadurch sehr beeinträchtigt.

Dazu kommt: In Frankreich beginnt jetzt ein verschärfter reaktionärer Kurs. Bei jeder reaktionären Maßregel, die die französische Kapitalistenklasse jetzt durchführen wird, wird die S P F den Massen zurufen: »Das dankt Ihr der Wahltaktik der Kommunisten!« und sie wird damit eine hübsche Weile Eindruck auf breite Massen machen.

Zweifellos wird diese Taktik innere Auseinandersetzungen auch in den K P F zur Folge haben. Daß die K P F sich in allen bisherigen Wahlen viele Rechtsabweichungen zu Schulden kommen ließ, auch dies kann diese Taktik nicht rechtfertigen.

Die richtige Taktik im zweiten Wahlgang wäre gewesen: Die Schwächung der S P F fortsetzen, doch nur mehr propagandistisch. Das hätte bedeutet: den sozialdemokratischen Kandidaten dort, wo es ohne Chancen der K P F preiszugeben, möglichst war, zum Sieg über die Kandidaten der Rechtsbourgeoisie zu verhelfen. Gerade durch eine solche Taktik hätte die K P F ihre Losungen, die kommunistischen Losungen verbunden mit der schärfsten Kritik der sozialdemokratischen Politik selbst zu jenen Arbeiterschichten tragen können, die noch immer der S P F fest anhängen, die nun die K P F für eine gewisse Zeit noch schwerer erreichen wird als früher.

Jetzt läßt die Sozialdemokratie aller Länder eine Hetzkampagne gegen die »Poincaré-Kommunisten« vom Stapel. Gewiß, hätte die S P nicht diesen Anlaß, sie würde irgendetwas anderes beim Schopfe packen. Die Hetze wäre gekommen, so oder so. Aber daß die Sozialdemokratie es nun so spielend leicht hat, breite Arbeiterschichten zu verwirren und gegen die Kommunisten zu verhetzen, auch das ist eine Folge der unrichtigen Taktik im zweiten Wahlgang.

Zusammengelaßt: Durch die unrichtige Durchführung im zweiten Wahlgang wurde der richtige, gutlinke Grundgedanke zu einer ultralinken Taktik überspitzt, die die Position der Bourgeoisie stärkt, die Position des Proletariats schwächt.

Diese Taktik entsprang nicht dem Bedürfnis der K P F, auch nicht dem Bedürfnis der Komintern oder Sowjetrußlands, sondern einzig und allein dem Fraktionsbedürfnis der Stalin-Bucharin.

Je mehr ihre Praxis dem Kulaken entgegenkommt — was sie nicht hindert, mit dem Mund und auf

dem Papier gegen den Kulaken zu »kämpfen« — desto mehr haben sie das Bedürfnis, ihre russische Zickzackpolitik durch eine hyperradikale Taktik zu bemädeln, die sie den Kommunistischen Parteien aufnötigen.

Je mehr sie die linke Opposition totsagen, desto mehr haben sie das Bedürfnis, sie durch eine überlinke Taktik matt zu setzen.

Aller „Linkskurs“ kann nicht ernst genommen werden, solange die Vorkämpfer der ersten Linkswendung ausgeschlossen und in Sibirien gehalten werden.

Die überradikale Wahltaktik Stalins ist nur dem Schein nach radikal. Sie nützt nicht dem französischen Proletariat, daher auch nicht der K P F, nicht Sowjetrußland, nicht der Komintern. Aber einen Nutzen wird sie letzten Endes haben: Sie wird beitragen, das Wesen des Stalinismus leichter als bisher erkennen zu lassen.

Die Kunhetze.

Kun, gegen dessen Rückkehr nach Oesterreich kein Verbot besteht, ist nach Wien gekommen, ohne sich zu melden. Die Habsburger sind trotz Verbotes schon öfters zurückgekehrt, haben sich falsch gemeldet und nichts ist ihnen geschehen. Wir wissen nicht, ob Kun sich hier in Wien damit befaßt hat, Horthys Sturz vorzubereiten; hat er das nicht getan, hat er eine schwere Pflichtverletzung begangen gegenüber der Arbeiterklasse.

Seipel-Schober treiben die Kunhetze, um die Spießer in »Stimmung« zu bringen. In ihrer Solidarität mit Horthy-Mussolini und um die 100 Dollar-millionen-Anleihe rascher einzubringen, setzen sie alles daran, möglichst viele Revolutionäre und auch Kun an das Messer zu liefern durch Denunziation und Auslieferung.

1919, da wurde faktisch unter den Augen der Regierung, in der damals die Sozialdemokratie das Schwergewicht hatte, der Sturz der ungarischen Räterepublik von Wien aus betrieben, von ungarischen Konterrevolutionären. Wer erinnert sich nicht an den Ueberfall auf die ungarische Gesandtschaft und den Raub der 150 Millionen! Das Asylrecht, das den ungarischen Konterrevolutionären gewährt wurde, mindestens dasselbe Asylrecht muß den ungarischen Revolutionären gewährt werden. Das heißt: ihr Asylrecht darf nicht beschränkt werden auf der bloßen Aufenthalt, sondern muß umfassen das Recht auf revolutionäre Arbeit, das Recht, den Sturz des Horthyregimes zu organisieren.

In Ihrem eigenen Interesse muß die österreichische Arbeiterschaft die ganze Kunhetze durchkreuzen.



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, III., Mohsgasse 35/27a zu richten.

An die Leser der Beilage „Rote Volkstribüne“.

Die Aufforderung, die in der Nummer 29 an alle Leser der „Arbeiterstimme“ ergangen ist an der Beilage „Rote Volkstribüne“ mitzuarbeiten, durch Zuschriften oder Anregungen, das Blatt zu einem Organ zu gestalten, welches nicht nur von einigen Redakteuren geschrieben wird, sondern worin auch Arbeiter — welcher proletarischen Parteirichtung immer sie angehören — an der lebendigen Ausgestaltung des Blattes regen Anteil nehmen, hat erfreulicherweise ein gutes Echo gefunden.

Es sei nochmals darauf verwiesen, daß wir Zuschriften oder Anregungen, soweit sie proletarischen Charakter tragen und sachlich gehalten sind, auch dann veröffentlichten, wenn sie von anders Gesinnten stammen, oder gegen die politische Linie unseres Blattes polemisieren. Natürlich behält sich die Redaktion vor rüchhaltslos aber sachlich zu antworten. Der Zweck der Beilage „Rote Volkstribüne“ ist, in aller proletarischer Öffentlichkeit Meinung gegen Meinung gegenüberstellend, die richtige herauszugreifen klar aufzuzeigen und so es den Arbeitern erleichtern, der marxistisch — leninistischen Auffassung näherzukommen.

Wir machen kein Geheimnis daraus, wir sagen es offen: Jawohl, wir ringen um die Herzen und Hirne der Arbeiter, die noch zu Hunderttausenden im Lager der kleinbürgerlichen Volkspartei stehen. Unsere Aufgabe ist es die große Masse ehrlich denkenden Sozialdemokratischen Arbeiter, für den von ihnen noch so gehalten Kommunismus zuzugewinnen.

Natürlich soll die Art der Methode, wie wir die Arbeiter überzeugen sich wesentlich vom Zentralorgan der Stalinpartei, „Rote Fahne“, unterscheiden. Nicht hysterisches Geschrei oder Geschimpf, sondern ruhig, nüchtern und klar, soll und wird unsere Sprache sein. Von dieser Voraussetzung sollen sich auch alle Einsender von Zuschriften leiten lassen.

Also Genossen, Leser der „Arbeiterstimme“, habt Ihr uns etwas zu sagen, seid Ihr mit so manchem nicht einverstanden oder sind Euch Tatsachen bekannt, die die Arbeiteröffentlichkeit interessieren, dann nehmt ruhig Papier und Feder zur Hand, bringt kurz und bündig, gut leserlich, einseitig beschrieben, mit Angabe der genauen Wohnadresse und des Namens Eure Gedanken zu Papier und sendet so viel wie nur möglich Berichte ein. Das Redaktionsgeheimnis wird gewahrt, der Name des Einsenders wird nur auf ausdrücklichen Verlangen des Einsenders veröffentlicht.

Klagenfurt, 28. April 1928.

An die Arbeiterstimme!

Habe wieder einmal nach längerer Zeit eine „Arbeiterstimme“ unaufgefordert erhalten. Dachte schon, da man längere Zeit nichts mehr hörte, daß sie sanft entschlafen ist. Die Opposition lebt ja, doch wollen wir einmal ihre Daseinsberechtigung untersuchen.

Bei der Kleinheit der K.P.Oe ist es nicht am Platz, die jetzigen Spitzen in der Sowjetunion der Unfähigkeit zu zeihen. Schreibt doch ihre Zeitung selbst in der Nr. 29, die Arbeiter sind bewaffnet. Das ist doch die sicherste Gewähr, daß linke oder rechte Abweichungen keine großen Dimensionen annehmen, also kein Schaden für die Werktätigen Rußlands zu befürchten ist. Das Resultat ist doch, wenn auch langsam, daß die soziale Lage der Werktätigen Rußlands sich hebt! Kein Zweifel, das ist Bilanz. Ich möchte Euch raten, mit den Namen Lenins nicht solchen Ulk treiben, denn der klassenbewußte Arbeiter wird abgestoßen. Im letzten Satz vom Mai-Aufruf kommt der Name dreimal vor, als wie »Gott Vater, Soan, und hl. Geist. Die Pfaffen, da sie der Wissenschaft nicht Trotz bieten können, verschanzen sich auch hinter Gottes unerforschlichen Willen. Wenn Lenin wirklich noch lebte, er würde die Opposition wie kleine Schuljungen auszanken, welche den Marxismus noch nicht verstehen, ohne Sicherheit des Sieges in Komplikationen verwickeln. Wenn ein Trotzky solcherart Disziplinsbrüche gemacht hat, die die Diktatur des Proletariats direkt gefährden, ja wie wollt Ihr ohne Disziplin die Weltrevolution herbeiführen? Wartet vielleicht bis zum nächsten Weltkrieg? Oder gar, wir lassen die U.S.S.R. von den kapitalistischen Räufern mit Gift und Gas angreifen?

Wir K.P.Oe solen erstmal bei den Massen Vertrauen bekommen, die Wahlen zeigen es deutlich. Die großen Bruderorganisationen haben das Recht, über die Außenpolitik der U.S.S.R. zu diskutieren, doch die Einheit der Partei muß unter allen Umständen gewahrt werden.

- 1.) Ich möchte fragen, wie arbeitet die Opposition in den Gewerkschaften?
- 2.) Warum kein Aufruf für die streikenden Jutearbeiter?
- 3.) Wie ist Eure Arbeit in der Oe. Roten Hilfe?
- 4.) Wie ist Eure Arbeit im Roten Frontkämpferbund?
- 5.) Welche Fraktionen habt Ihr schon in den anderen proletarischen Kultur-Organisationen?
- 6.) Mit welchem Erfolg arbeiten Eure Vertrauensmänner in den überparteilichen Organisationen?

Die Masse interessiert sich nicht, welche Politik Stalin macht oder Trotzky. Schaffen wir große und starke überparteiliche Organisationen. Die Ein-

heitliche Kommunistische Partei kann dann zum Schlag ausholen, der Sieg ist unter diesen Voraussetzungen uns auch sicher. Die Innenpolitik der U.S.S.R. wird sich mit diesem Schlag um 50 Prozent

bessern und nicht einmal Trotzky braucht dann mehr eine Außenpolitik machen.

Mit proletarischem Gruß
Keber Franz, Klagenfurt

ANTWORTEN DER REDAKTION:

Keber Franz, Klagenfurt.

Warter Genosse!

Unter Weglassung der unsächlichen Kritik Deines Briefes, auf die wir nicht eingehen, wollen wir uns in gedrängter Form mit den wesentlichsten Teilen Deiner Zuschrift auseinandersetzen.

- 1.) Mit den Namen Lenin treiben nicht wir, sondern Stalin Schindluder, der mit Leninistischen Worten seine Kulakischen Taten maskiert und das Grab Lenins durch Seine Majestät Amamullah, König von Afghanistan, ehrenläßt.
- 2.) Waffen in den Händen der Arbeiter sind keine Garantien gegen Abweichungen, sondern nur eine Garantie, daß die Arbeiter nicht durch bloße »Evolution« überböhlt werden können.
- 3.) Mit bloßer Disziplin werden wir nicht siegen. Disziplin für Kulakenpolitik führt in den Abgrund, wie Stalin jetzt selber zugeben muß, leider nur mit Worten.

Wenn Du glaubst, die Arbeiter interessiert das nicht, was Stalin oder Trotzky wollen, so unterschätzt Du die Arbeiter. Wenn Du aber gar glaubst, starke Organisationen aufbauen zu können, auf Basis des Ignorierens der entscheidendsten proletarischen Fragen, dann wirst Du in weiteren 10 Jahren

dort stehen, wo die K.P.Oe jetzt nach 10 Jahren steht: vor dem nichts. Du, freilich siehst Erfolge bei den Wahlen, wir leider sehen nur die Tatsachen, den Verlust sämtlicher bisheriger Gemeinderatsmandate in Steiermark, so und so viele Betriebsratsmandate in Donawitz, Steyer usw. durch die K.P.Oe.

Einheit der Partei, ja! Aber wer hat sie gebrochen? Die Stalinschen Aparatschiki, die uns wegen unserer Leninistischen Auffassung ausgeschlossen hat, ohne den Mitgliedern auch nur die Möglichkeit zu geben, unsere wirkliche Meinung zu kennen.

- 4.) Du fragst, was wir auf den verschiedensten Gebieten leisten: Wir leisten das Maximum, das wir mit unseren Kräften können und leisten für die revolutionäre Sache mehr, als die Stalinfiliale in der Alserstraße.

Insolange selbst so grundehrliche Arbeiter wie Du, auf solchem Standpunkt stehen, wie er in Deinem Brief zum Ausdruck kommt, ist der Weg zur Gesundung der K.P.Oe noch sehr lang.

Mit proletarischem Gruß
Die Redaktion

Einer von den Vielen!

Werte Redaktion!



Niemand kennt sie, scheinbar harmlos: I. Wiener Holzschritterzeugung Rokstroh & Co., liebt man auf dem Firmenschild, wenn man auf der Landstraße-Hauptstraße entlang geht. Gleich rückwärts, im Hof, im Haus Nr. 32, dort wo die sauberen Christlichsozialen ihr Bethaus aufgeschlagen haben.

Aus dem Reiche Mussolintens kommt er, neue Ausbeutungsobjekte suchend, Otto Bucher, der Chef dieser Firma. Zehn Arbeiter haben das »Glück«, durch ihre Arbeitskraft fette Profite zu erzeugen, natürlich nicht für sich, sondern für Herrn Bucher, der sich schon bei der Geschäftsübernahme monatlich mindestens 1000 Schilling ohne Betriebskapital sicherte. Die Löhne der Arbeiter bewegen sich von 25 bis höchstens 52 Schilling, wobei der mit dem höchsten Wochenlohn sein eigenes Werkzeug abnutzen muß.

Dabei ist es nicht einmal so einfach bei dieser Firma Arbeit zu bekommen, ohne vorher bei der allgemeinen Assentierung für tauglich befunden zu werden. Sind Sie brav? Sind Sie fleißig und auch ehrlich? Es genügt aber nicht alle diese Eigenschaften zu besitzen, denn seine Kenneraugen mustern außerdem noch scharf den Körper jedes Aufnahmewerbers. Nur nackt ausziehen muß er sich noch nicht sind das nicht herrliche Zustände? Und wenn es einem Arbeiter glückt, die Gnade des Herrn Bucher zu finden und er in seinen Betrieb aufgenommen wird, da glaubt sich der Arbeiter um ein Jahr hundert zurückversetzt.

Als der Betrieb, um bessere Ausbeutungsbedingungen zu schaffen, eingestellt wurde, da hat Herr Bucher, um die Tätigkeit eines jeden einzelnen besser kontrollieren zu können, Glasfenster anbringen lassen. Er führte Tageszettel ein, auf denen die Leistungen eines jeden Arbeiters täglich eingetragen werden. All diese Einrichtungen sollen den Profit heben. Wer aber glaubt, daß dieser feine Unternehmer ebenso um die Arbeiter besorgt ist und wenigstens seinen primitivsten Verpflichtungen als Mensch, anderen Menschen gegenüber wenigstens zum Teil nachkommt, der irrt! Nicht einmal die von der Gewerbebehörde vorgeschriebenen hygienischen und technischen Vorrichtungen sind angebracht, die infolge der gesundheitsschädlichen Produktion höchst notwendig wären. Kein Staubsauger, trotzdem der Staub überall fingerdick herumliegt, keine Schutzvorrichtung an den Maschinen, trotzdem bereits ein Arbeiter in diesem Betrieb sein junges Leben lassen mußte.

An Stelle dessen aber finden die Arbeiter bei ihren gerechten Forderungen bei Herrn Bucher ein Entgegenkommen, sowie Einsicht, wie man es eben von einem aus dem Lande Mussolintens nicht anders erwarten kann. Als vor einigen Wochen einige Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangten, wies er sie mit dem Bemerkten ab: wem es nicht paßt, der kann gehen!

Die Folge war, daß die Arbeiter einstimmig zur passiven Resistenz griffen. Darob geriet

Herr Bucher derart in Wut (denn er fühlte sich in seinem Profit geschmälert) daß er zum abschrecken den Beispiel zwei Arbeiter, die ihm die größten »Hetzzer« zu sein schienen, mit 14-tägiger Kündigung entließ. Für klassenbewußte Arbeiter war das keine Ueberraschung, denn die wissen, daß um die Besserung ihrer nackten Existenz, gekämpft, aber nicht gebettelt werden muß, auch dann, wenn ein solcher Kampf Opfer erfordert. Das soll auch jenen Arbeitern, die noch Herrn Bucher zum Chef haben, zur Richtschnur dienen.

Doch verweilen wir noch ein wenig bei jener Episode, der Entlassung jener zwei Arbeiter. Entlassen nach dem Kündigungsgesetz haben die Arbeiter bekanntlich das Recht, einmal 6 Stunden in der Woche vom Unternehmer frei zu bekommen um nach Arbeit suchen zu können. Von diesem Recht haben auch die entlassenen Arbeiter Gebrauch gemacht und meldeten dies am Samstag nach der Kündigung dem Betriebsleiter. Doch welch Schreck erfaßte nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamten Hausparteien, als sie plötzlich am Mittwoch d. 2. Mai vormittags in der Werkskanzlei Herrn Bucher brüllen hörten als ob er tobstüchtig geworden sei: Hinaus! Hinaus! Ihr benehmt euch wie Pölkcher! Alte Hausparteien stürzten zu den Fenstern, eine wollte sogar um die Rettungsgesellschaft telefonieren, in der Meinung, es sei jemand wahnsinnig geworden. Eine andere Partei wollte die Polizei verständigen, in der Meinung, Herr Bucher habe die langgesuchten Autobanditen entdeckt. Aber welche lange Gesichter: die Arbeiter konnten weder einen Wahnsinnigen finden noch hat Herr Bucher die Autobanditen entdeckt, sondern das Gerücht entstammte dem Rachen des Herrn Bucher und galt den zwei entlassenen Arbeitern. Und warum die Aufregung? Nun, weil die zwei Arbeiter von ihrem Recht Gebrauch machten und Montag, den 30. April sechs Stunden früher weggingen.

Natürlich haben sich die Arbeiter die Beschimpfung nicht gefallen lassen und haben auf die Ungezogenheit des Herrn Chef entsprechend reagiert, zwar mußten sie sofort den Betrieb verlassen, aber den kürzeren hat doch der Unternehmer gezogen, denn er mußte den beiden Arbeitern für die restlichen zwei Wochen den alten Lohn ausbezahlen, ohne daß er einen Profit davon hatte. Gleich gegenüber diesem Betrieb auf dem Rochusplatz, dort wo die Fratschlerinnen ihre Ständen haben, aber erzählte man, Herr Bucher werde seit diesem Zwischenfall von Tag zu Tag immer dünner. Insbesondere kann er bis heute noch nicht verschmerzen, daß er den zwei Arbeitern 14 Tage umsonst zahlen mußte. Sicher eine gute Lehre für ihn, aber auch für die Arbeiter, insbesondere für die Arbeiter der I. Wiener Holzschritterzeugung. Nur fest zusammenhalten braucht ihr und unerschrocken kämpfen, dann braucht Euch um die Zukunft nicht bange sein.

Mit proletarischem Gruß
L. H. Wien, III.

Ungarische Genossen!

Lest und verbreitet das ungarisch-amerikanische Wochenblatt der Linken Kommunistischen Opposition, den „Proletar“. Redaktionsadresse: 2302, Clark Str. Long Island City, New York. Abonnement: 2 Dollar jährlich.

Die A. J. Z. von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Floridsdorf mit Bannfluch belegt

Werter Genosse!

Fast nicht zum glauben und, wenn ich nicht selbst Ohrenzeuge gewesen wäre, hätte ich die nachfolgende Mitteilung für einen schlechten Witz gehalten. Bekanntlich gibt die Internationale Arbeiterhilfe eine gut illustrierte Zeitung heraus, die unter dem Namen A.-J.-Z. auch den österreichischen Arbeitern bekannt ist. Möge mancher sozialdemokratische Arbeiter an dieser Zeitschrift etwas auszusetzen haben, auch ich, der ich nicht verdächtigt (!) werden kann, Mitglied der Komm. Partei zu sein, sondern jahrelanger Vertrauensmann der Soz. Partei, Bezirksgr. Floridsdorf bin, habe manches an der A.-J.-Z. auszusetzen. Daß aber die Soziald. Bezirksorganisation Floridsdorf so weit geht, und in einer ihrer Sektionen beschließen läßt, den Gastwirten, dort wo die A.-J.-Z. aufliegt, nahezulegen, dieselbe abzulegen, ist doch etwas zu stark. Ich hätte nur eine Frage an die Antragsteller zu richten: Warum beschließt Ihr das nicht vor allem, das würden die Arbeiter sicher eher begreifen, den Gastwirten nahezulegen, sie mögen aus ihren Lokalen sämtliche bürgerliche Blätter die sie aufliegen haben, verschwinden lassen?

Mit sozialistischen Gruß R. F. XXI. Bez.

Der demokratische Weg.

Er führt uns zwar nur langsam zum sozialistischen Ziel, aber mit geringeren Opfern und ohne blutige Opfer. So haben die sozialdemokratischen Führer jahrelang gepredigt.

Nun, am 15. Juli hat uns diese Demokratie blutige Opfer gekostet in unerhörter Zahl. Und vor und nach dem Juli? Ununterbrochen steigt die Zahl der Selbstmorde. Nur die Form ist anders: statt vor dem Parlament, erlösen die Proletarier im Donaukanal oder in wachsender Zahl auf den Friedhöfen. Was immerhin für die Kapitalisten und die sozialdemokratischen Stützen der Kapitalistendemokratie den Vorteil hat, daß man das weniger merkt.

Daß es mit dem demokratischen Weg hapert, dämmert manchem sozialdemokratischen Führer auf. Das heißt, es dämmert ihnen, daß der Glaube der Massen an die Demokratie zu dämmern beginnen könnte, unter der Wucht der Tatsachen. Daß nach zehn Jahren Demokratie die Arbeiter wieder dazu übergehen müssen, ihr bloßes Recht auf Organisation zu verteidigen, gibt den Massen zu denken. Aber die sozialdemokratischen Führer klammern sich an den demokratischen Weg und um die Zweifel der Arbeiter an dieser Demokratie zu zerstreuen, predigen sie, der Bruderkampf im Proletariat, habe die Restauration über bürgerlichen Ordnung ermöglicht.

Mit Verlaub: Ihr habt doch, wie Ihr Euch rühmt in Oesterreich die Einheit des Proletariats erhalten. Und dennoch, nach zehn Jahren, Demokratie sind wir dort gekandert, wo wir heute sind.

Die Wahrheit ist diese: Ihr habt den Kapitalisten die Machtmittel gelassen und den Arbeitern nur die Stimmzettel gegeben. Die reale Macht der Kapitalisten hat sich und mußte sich durchsetzen gegen die bloßen Stimmzettel der Arbeiter. Eure sozial-

demokratische Politik ist es, die den Kampf im Proletariat hervorruft und hervorgerufen muß. Die Klasseninteressen zwingen die Arbeiter zum revolutionären Kampf um die Besserung ihrer Lage und um die Macht. Daß die harten Tatsachen ihnen das in wachsendem Maße beibringen, ist das einzige positive Ergebnis Eures »demokratischen Weges« für die Arbeiter.

„Linkes“ Gerede in Moskau.

„Haben sie auch darauf geachtet, daß nicht nur die Ereignisse von Schachty, sondern auch die Getreidebeschaffungskrise um die Jahreswende für viele von uns eine Überraschung gewesen ist? Besonders charakteristisch sind in dieser Beziehung die Ereignisse von Schachty. Fünf Jahre lang war eine konterrevolutionäre Gruppe bürgerlicher Spezialisten tätig und nahm Direktiven von sowjetfeindlichen Organisationen des internationalen Kapitals entgegen. Die Kohlenindustrie entwickelte sich bei uns dennoch vorwärts, das Wirtschaftssystem der Sowjets so lebensfähig und mächtig ist, daß es trotz unserer Beschränktheit und trotz unserer Mängel dennoch die Oberhand gewann. Fünf Jahre lang schädigte diese konterrevolutionäre Gruppe unsere Industrie sprengte Kessel, zerstörte Turbinen usw. Und wir saßen, als ob nichts geschehen wäre. Und „plötzlich“, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, kommt die Angelegenheit von Schachty an den Tag. Ist das normal, Genossen? Ich glaube, daß das mehr als abnorm ist. Am Steuer sitzen und zu schauen, aber so, daß man nichts sieht, bevor die Umstände uns nicht die Nase in irgendeinen Dreck hineinstecken, das heißt noch nicht führen. Der Bolschewismus faßt die Führung nicht so auf.“ So sprach Stalin.

Fünf Jahre konterrevolutionäre Sabotage im Donezgebiet und Stalin hat nichts davon gemerkt!

Sabotage der Getreidebeschaffung durch den Kulaken derart, daß die Städte und selbst die Rote Armee vor der Hungersnot standen und Stalin sah es nicht voraus, sondern belegte Trotzky, der dies rechtzeitig voraussagte und rechtzeitig riet, was dagegen praktisch zu tun ist, mit Fluch und Bann!

Jetzt auf einmal wiederholt er selbst Trotzky's Kritik und positive Vorschläge. Auf einmal entdeckt er die Notwendigkeit der Selbstkritik, der Parteidemokratie, weil ihm die Faust der Tatsachen in die Nase stößt, daß man die Konterrevolution nicht einmal entdecken, geschweige denn wirksam bekämpfen kann ohne Mithilfe der aktiven Massen. Und daß man auch der Kulaken nicht Herr werden kann ohne Mithilfe der aktiven Massen.

Allein Du hast jahrelang Kadavergeist gezüchtet. Du hast die initiativsten, überzeugungstreuesten, opferwilligsten, standhaftesten Elemente aus der Partei gejagt.

Jetzt da Dir das Wasser bis zum Mund läuft, jetzt sagst Du die Wahrheit über die Kulaken

mit dem Mund. Jetzt schreist Du nach Parteidemokratie — mit dem Mund.

Deine Wahrheit, ist »linkes« Gerede. Du willst das Programm der Opposition durchführen — ohne die Opposition. Solche Taktik war möglich in dieser oder jener selbst wichtigen Frage: sie ist absolut unmöglich jetzt, wo es wirklich um die Existenz der Sowjetmacht, der Partei, der Komintern geht. Die ganze Partei, die ganze Masse, zu altem bolschewistischen, zu leninistischem Geist anzurufen, nur das kann helfen. Das auch nur anzubahnen ist möglich nur durch Rückberufung, Wiederaufnahme, Heranziehung zur Führung der Ausgeschlossen.

Thomas lobt Mussolini!

Der Sozialdemokrat Thomas, einer der einflußreichsten Führer der französischen Sozialdemokratie der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdam), der Sozialistischen Internationale hat als Vorsitzender des Internationalen Arbeitsamtes (dessen Mitglied auch Hueber ist) den faschistischen Gewerkschaftskongreß besucht und dadurch die faschistischen Gewerkschaften in aller Form anerkannt. In seiner Ansprache betonte er die »Leistungen des faschistischen Regimes für die Arbeiterklasse«, lobte Mussolini als »Vorkämpfer der Gerechtigkeit gegenüber allen Arbeitern«, erklärte seine volle Ueber einstimmung mit den faschistischen Gewerkschaftsvertretern und schloß, die italienischen Erfahrungen würden anderen Ländern sehr nützlich sein.

AUS ALLER WELT

Der Bauernaufmarsch in Rumänien.

Der Bauernaufmarsch in Rumänien. Der gewaltige Aufmarsch, zu dem über 200.000 Bauern aus allen Teilen des Landes zusammengeströmt waren, ist durch den Verrat der kleinbürgerlichen Führer gescheitert. Die Bauernmassen wollten Marsch nach Bukarest, Sturz der Kapitalistenregierung, Aufrichtung eines konstitutionellen, monarchischen Bauernregimentes. Die kleinbürgerlichen Führer aber wollten die Koalition mit den Kapitalisten. Darum bremsten sie den Marsch nach Bukarest. — Dennoch: die Revolution in Rumänien ist auf dem Marsch. Wohl sind die Bauern konservativ, aber die Lehre von Alba Jnlia zwingt sie, sich nach anderen Bundesgenossen und Führern umzusehen und sie werden letzten Endes niemand anderen finden als — das rumänische Proletariat.

Der Blutmai in Warschau. Trotz des Verbotes durch Pilsudski ließen sich die polnischen Kom-

munisten das Recht, den 1. Mai zu feiern, nicht nehmen. Steht doch die große Mehrheit der polnischen Industriearbeiterschaft hinter ihnen. Als ihr Redner auf dem Aufmarschplatz zu reden begann, nahm die bewaffnete Schutztruppe (Bojowke) der polnischen Sozialdemokratie das zum Anlaß, mit ihren Revolvern ein furchtbares Blutbad unter den Kommunisten anzurichten. Die Bourgeoisie klatscht Beifall, die kleinbürgerliche, nationalchauvinistische P.P.S. aber hat ihr wahres Gesicht vor den Massen enthüllt.

AUS DER PARTEI

Genosse Sangl gestorben.

Am 27. April ist Genosse Sangl an Blutkreislaufstörung im Alter von 45 Jahren gestorben. Genosse Sangl war Eisengießer und treuer Anhänger der Opposition. Die Bezirksorganisation Meidling verliert in ihm ein wertvolles Mitglied. Die K.P.O. (Opposition) wird dieses überzeugungstreuen Kämpfers stets gedenken.

Auf Anfragen bringen wir zur Kenntnis, daß uns die Kasse der alten Bezirksorganisation vom Genossen Waldhäus nicht übergeben wurde. Genosse Waldhäus hat vor unseren Vertretern erklärt, daß er sie bereits vor Monaten an Harrer ausgefolgt hat. BEZIRKSLEITUNG MEIDLING.

Sangeslustige Genossen!

tritt alle dem Gesangsverein „Karl Liebknecht“ bei. Mitgliederaufnahme jeden Montag von 7 bis 9 Uhr im Gasthaus Axmann, XX., Marchfelderstraße 27. Telefon A 41-2-36. DER AUSSCHUSS.

Pressfond.

Bezirks-Organisation V: S 240; XX: S 1—; Wiener Bezirksorganisationen zum 1. Mai S 144—; Sammelbuche XVI; S 11—.

BRIEFKASTEN

R. M. Söweit uns diese — „Linken“ kritisieren, verwechseln sie die objektive mit der subjektiven Rolle des Jakobiner. In Bezug auf Sowjetrußland beharren sie auf ihren halbchauvinistischen Auffassungen. Was sie zum Unterschied von uns „Opportunisten“ in der österreichischen Politik positiv wollen, haben sie vergessen zu angeben. Sich mit ihren Phantasien über die Geschichte der Opposition und gar mit ihrem „linken“ Tratsch abzugeben haben wir keinen Anlaß.

A. K. Gänserndorf. Deine Zuschrift wird in der nächsten Nummer veröffentlicht.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Leopold Stif, III., Mohngasse 26/27a Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozzagasse 8

ÄRZTLICHER RATGEBER

Hier werden Anfragen aus dem Leserkreise unentgeltlich beantwortet.

Die Lungentuberkulose.

Von Gen. Energ.

Das einzige Kapital, über das der arbeitende Mensch verfügt, ist seine Gesundheit. Gerade die Besten aus unseren Reihen erliegen oft dieser schleichenden Krankheit. Viele stellen sich in Unkenntnis ihres Zustandes oft den Teufel aber schwärzer vor, als er ist.

Die tuberkulöse Infizierung erfolgt durch das Einatmen von Tuberkeln. Es kommt dann in der Lunge zu entzündlichen Neubildungen, die das Gewebe zerstören und auf diese Weise es ermöglichen, daß die Tuberkelbazillen sich dem Sputum (Auswurf) beimengen.

Das erste Stadium, das zumeist vernachlässigt und übersehen wird, ist der bekannte »Spitzenkatarth«. Hier freilich oft auch ohne weitere Behandlung bei entsprechender Kost und Ruhe von selber ausheilt.

Versuche, den Krankheitsherd operativ zu heilen, sind bis jetzt ohne überzeugende Erfolge angestellt worden. Hingegen verspricht der sogenannte »Pneumothorax« günstige Ergebnisse. Findet sich nämlich ein Krankheitsherd nur auf einen Lungenflügel, so wird in den Pleuraraum (das ist ein spaltartiger Raum der vom Lungenfell begrenzt wird) Luft eingeblasen und eine Lunge unter starkem Druck gestellt, so daß der Luftzutritt durch das Einatmen unwirksam wird. Es erfolgt eine rasche Abheilung der Kranken Stelle.

Von guter Wirkung sind auch Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne und Röntgen.

Ein bis vor kurzem vielumstrittenes Kapitel stellte die Anwendung des Tuberkolins. Während die Einen es bedenkenlos anwendeten und seine Wirkung ins Blaue lobten, sprachen sich andere ebenso unberechtigt, überhaupt gegen seine Anwendung aus

Erst durch die hervorragenden Arbeiten des Innsbrucker Professors von Hayek sowie die Herstellung von solchen Tuberkulinpräparaten, die nur schwache Reaktionen hervorrufen, so z. B. das Tuberkulin des Prager Dozenten Welkeminzky und das Ertuban des Berliner Professors Klaus Schilling, ist es gelungen, das Tuberkulin zu einer wirklichen Waffe in der Hand des Arztes gegen die Tuberkulose zu gestalten. Eine zeitlang schien es, daß Goldinjektionen von besonderer Wirkung wären. Genaue Nachprüfungen fanden, daß Gold jedoch nur für die Hauttuberkulose (Lupus) geeignet ist. Alle übrigen Medikamente stehen an Erfolg und Wirkung der Tuberkulinkur nach.

Das oft gegebene Kreosot und die ihm verwandten Stoffe, ebenso das Gnajaol bedingen eine ständige Kontrolle des Harnes, da oft Nierenreizungen erfolgen. Bei Blutungen aus der Lunge, Durchfällen, Nachtschweiß und starkem Auswurf beherrschen sich Kieselsäure und Kalk sehr gut.

Sehr erfolgreich sind die Anstaltskuren, die immer von Kranken, dem so beliebten Landaufenthalt vorgezogen werden sollten. Die von den Ärzten dort vorgenommenen Liegekuren, Bäder, Bestrahlungen usw. vermögen es oft, auch schwerere Prozesse auszuheilen.

Auch sollte die Lungenfürsorge viel stärker in Anspruch genommen werden, als es der Fall ist. Im Verhältnis zu dem, was in Deutschland auf diesem Gebiet von den weit ärmeren Kassenverbänden geschieht, wäre es notwendig, auch in Oesterreich zur Einsicht zu gelangen, daß der lungenkranke Arbeiter nicht allein dazu da ist, um einigen Kontrolloren zum Nachweis ihrer Existenzberechtigung zu verhelfen.